Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

300 (22.12.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 300 — Donnerstag, den 22. Dezember 1932 — 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Die Reichsregierung hat am Mittwoch über Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung beraten.**

*

**Reichsaußenminister von Neurath veröffentlicht einen Artikel zur Gleichberechtigungsfrage und zu den Genfer Vereinbarungen.**

*

**Die im August d. J. eingesetzten Sondergerichte gegen politische Ausschreitungen wurden gleichfalls aufgehoben.**

*

**In Auswirkung der Amnestie sollen am Donnerstag die Entlassungen aus den Gefängnissen einsetzen.**

*

**Die Arbeitslosenzahl weist seit Anfang Dezember ein Steigen um 250 000 Personen auf.**

*

**Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg und Reichstagsabgeordneter Dr. Quaatz gaben am Mittwoch den amerikanischen Pressevertretern Erklärungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ab.**

*

**Der Danziger Volkstag hat erneut die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beschlossen.**

*

**Das Gesetz über Straffreiheit ist am 21. Dezember im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden.**

*

**Bei einem Schiffszusammenstoß zwischen einem englischen und einem holländischen Dampfer an der englischen Nordseeküste kamen acht Mann ums Leben.**

*

**Eine Raketenexplosion im Fort Appio, im Südosten des alten römischen Befestigungsgürtels, forderte drei Todesopfer.**

## Die neue Winterhilfe

### Die Beschlüsse des Reichskabinetts

**Berlin**, 21. Dez. Die öffentliche Winterhilfe, welche die Reichsregierung am 21. Dezember beschlossen hat, **erweitert die bisherige in der Zeitdauer, der Art und dem Umfange der Leistungen und im Personenkreis.** Sie wird für die drei Monate Januar bis März gewährt, **verbilligt den Erwerb von Lebensmitteln und Brennstoffen,** vor allem aber dehnt sie den Personenkreis erheblich aus.

Bei den **Lebensmitteln** besteht die Grundleistung in der Verbilligung des Erwerbs von monatlich vier Pfund frischen Rind- oder Schweinefleisch oder Rückenfett, Liesen oder frischer Wurst um 30 Pfg. beim Pfund. Familien mit vier und mehr Zuschlagsempfängern können zwei Verbilligungsscheine erhalten und auf den 2. Verbilligungsschein wahlweise auch Milch beziehen. Familien mit 3 Zuschlagsempfängern können ebenfalls einen zweiten Verbilligungsschein erhalten, wenn von den Zuschlagsempfängern mindestens zwei über 16 Jahre alt sind. Je einmal im Monat kann der bedachte Haushalt nach seinen besonderen Bedürfnissen anstelle des Fleisches oder der Wurst auch Schweinefett, frischen Seefisch oder Roggenbrot wählen. Schmalz und Brot als Gegenstand der Winterhilfe wird den Hilfsbedürftigen ohne eigenen Haushalt und der verbilligte Bezug von Milch kinderreichen Familien besonders erwünscht sein.

Bei den **Brennstoffen** wird der Erwerb von zwei Zentnern Kohle im Monat um 30 Pfg. beim Zentner verbilligt. Für Steinkohle, Braunkohlenbriketts oder Koks kann je nach den örtlichen Verhältnissen auch Torf oder Holz gewählt werden.

Nach der bisherigen Regelung wurde die öffentliche Winterhilfe nur Unterstützungsempfängern gewährt, die Familienzuschläge erhielten bezw. einen eigenen Haushalt führten. **Die neue Regelung dagegen umfaßt alle Hauptunterstützten in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und in der öffentlichen Fürsorge sowie bedürftige Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz.** Die Führung eines eigenen Haushalts wird nur für die Verbilligung von Brennstoffen vorausgesetzt.

Ausgabestellen für die Verbilligungsscheine sind wie bisher für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Arbeitsämter, für alle übrigen die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge. Bezugsstellen für die verbilligten Waren sind alle Verkaufsstellen, die die betreffenden Waren führen und sich bereit erklären, den Verbilligungsschein in Zahlung zu nehmen und den sonst gegebenen Vorschriften zu entsprechen.

Die für die neue Winterhilfe notwendigen Mittel — 35 Millionen RM. — werden von der Reichskasse aufgebracht.

Außerdem werden **im Notwerk der deutschen Jugend** besondere Mittel für die gemeinsame Verpflegung von jugendlichen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt. Nähere Einzelheiten werden in Kürze bekanntgegeben.

## Politischer Weihnachtsfriede

Die dunklen Wolken, die unerwartet und überraschend den politischen Himmel der letzten Vorweihnachtswoche zu verhängen drohten, haben sich noch einmal verzogen. Im Grunde genommen waren es auch nicht derartig große politische Probleme, daß es sich um ihretwillen gelohnt hätte, einen Konflikt mit allen seinen Ausweitungen und Folgen auf sich zu nehmen. Das gilt sowohl für die Regierung, als auch für die Parteien, ausgenommen die Linke, denen daran gelegen ist, die mühsam erkämpfte Weihnachtsruhe zu gefährden, vor allem auch nicht die unleugbare politische Entspannung, die sich wohltuend in allen politischen Gefilden bemerkbar macht, zu zerstören.

Die Reichsregierung hat das Versprechen, das der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede gab, eingelöst. Durch die Aufhebung der drückendsten Bestimmungen der verschiedenen Notverordnungen im vergangenen Jahre ist der politische Ausnahmezustand so gut wie beseitigt worden. Formell besteht sogar schon wieder die Freiheit der Versammlungen unter freiem Himmel und der öffentlichen Umzüge. Hier gilt aber noch die Burgfriedens-Verordnung, die erst am 2. Januar abläuft. Ganz besonders kann die deutsche Presse über das ihr zugedachte Weihnachtsgeschenk erfreut sein. Der Zwang der Auflagenachrichten ist verschwunden. Sie hat wieder die Freiheit der Meinungsäußerung, die ihr Lebensatem ist. Die noch verbliebenen Einschränkungen hinsichtlich hochverräterischer und landesverräterischer Veröffentlichungen sind so selbstverständlich, daß es darüber keines Wortes und Aufhebens mehr bedarf.

Zu dieser geistigen Freiheit gesellt sich nun für viele deutsche Volksgenossen auch noch die leibliche Freiheit. Man mag zu der Amnestie stehen wie man will, um die Tatsache kommt man nicht herum, daß die am 6. November gewählte Vertretung des deutschen Volkes mit einer Mehrheit, wie sie in dieser Höhe schon seit Jahren nicht mehr zustandegekommen ist, den Straf- und Gnadenerlaß beschlossen hat. Auch der Reichsrat hat trotz mancher Bedenken und berechtigter Einwände sich schließlich nicht versagt. Nun öffnen sich noch vor Weihnachten die Pforten der Gefängnisse und geben alle jene frei, die in politischer Verblendung oder aus wirtschaftlicher Not sich zu Taten haben hinreißen lassen, die sie voraussichtlich unter normalen Verhältnissen niemals begangen hätten. Daß auch die Reichsregierung die Dinge heute mit anderen Augen ansieht, zeigt die Aufhebung der Sondergerichte, die für anormale Zeiten vorgesehen waren. Wenn nun die Sondergerichte nicht mehr nötig sind, wird man auch bei denen, die durch sie verurteilt wurden, Gnade walten lassen dürfen, umsomehr, als nicht mehr damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit diese Weihnachtsamnestie eine Nachfolgerin finden wird.

Wenn daher die Parteien nicht mit aller Gewalt einen Streit vom Zaune brechen wollten, war wirklich kein Anlaß mehr gegeben, den Reichstag vor Weihnachten einzuberufen und eine politische Debatte zu entfesseln, die notzedrungen mit einem schweren Konflikt und in dessen Auswirkung mit der Auflösung des Reichstags hätte enden müssen. Neben den politischen Notwendigkeiten haben zweifellos auch einige psychologische Imponderabilien mitgewirkt. Schließlich braucht auch der politische Kampf Atem- und Ruhepausen. Wir wissen, daß etwa um die Mitte des Januars die eigentliche große Auseinandersetzung beginnen wird. So kurz auch der politische Weihnachtsfrieden und die Neujahrsruhe sein mögen, wir wollen uns ihrer freuen, weil wir sie brauchen. Schließlich hat das Volk am Ende dieses wahl- und infolgedessen auch qualreichen Jahres ein Anrecht darauf.

### Der Verzicht auf die Weihnachtstagung

Eine Conti-Meldung charakterisiert die Lage wie folgt: In allen ruhig denkenden politischen Kreisen wird die Tatsache, daß die Sitzung des Aeltestenrates nicht zu einer Weihnachtstagung geführt hat, natürlich sehr begrüßt. Immerhin hat sich der Aeltestenrat seinen Beschluß erst abringen müssen und von regierungswegen mußte mit gewissen Andeutungen über die Konsequenzen einer Weihnachtstagung nachgeholfen werden, ehe der Aeltestenrat sich zu seiner Stellungnahme entschloß. In der Tat ist **die politische Entwicklung einer Auflösung des Reichstages noch vor Weihnachten wohl näher gewesen, als man allgemein ahnte.** Die Reichsregierung war nicht gewillt, sich irgend welche Agitationsbeschlüsse gefallen zu lassen. Der Aeltestenrat hat offenbar eingesehen, daß es unter diesen Umständen für den Reichstag ums Ganze ging und daß es deshalb richtiger war, die Weihnachtstagung zu vermeiden. Wie schwer ihm der Beschluß aber fiel, das wird aus der Absicht deutlich, zwischen Weihnachten und Neujahr noch einmal zusammenzukommen. Dieser Beschluß trägt allerdings deutlich das Zeichen eines Kompromisses, dem kaum ernste Folgen entspringen werden. An eine Reichstagstagung zwischen Weihnachten und Neujahr ist natürlich schon nach alten Gepflogenheiten, nicht zu denken, so daß also der Beschluß auf alle Fälle die Reichstagsvertagung ins nächste Jahr hinein bedeutet. Auch der Aeltestenausschuß wird sich schließlich darüber klar sein, daß für seine nächste Sitzung von der Wilhelmstraße her dieselben Voraussetzungen gegeben sind, die ihn jetzt veranlaßt haben, vorsichtig zu operieren.

## Wünsche der Landkreise

**Berlin**, 21. Dez. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, hatte eine Besprechung mit den Vertretern der kommunalen Reichsspitzenverbände, in der die Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes (Sofortprogramm) ausführlich erörtert wurde.

**Berlin**, 21. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, empfing Reichskanzler von Schleicher am Mittwoch Vorstandsmitglieder des Landkreistages, die unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel erschienen waren. Anknüpfend an die Rundfunkrede des Reichskanzlers, in der als vordringlich große Aufgabe die Arbeitsbeschaffung bezeichnet worden war, trugen die Vertreter die Auffassung des Landkreistages zu dieser wichtigen Frage vor. Sie betonten, daß nur schleunige **Arbeitsbeschaffung** die schwierige Finanzlage der Landkreise erleichtern könne. Eine Vergebung öffentlicher Arbeiten sei einzig und allein in der Lage, die Privatwirtschaft anzukurbeln und die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu senken. Eine Finanzierung lediglich durch Darlehen müsse wegen der damit verbundenen, nicht zu verantwortenden Vermehrung der kommunalen Schulden vermieden werden. Die Einbeziehung der Steuergutscheine in das Finanzierungsprogramm entspreche der Auffassung des Landkreistages. Wie der Landkreistag weiter mitteilt, sicherte der außerordentlich fruchtbringende Gedankenaustausch **eine Zusammenarbeit von Reichsregierung und Landkreise auf diesen wichtigen Arbeitsgebieten.**

## 500 Millionen zum Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung

T.U. **Berlin**, 21. Dez. Das Reichskabinett befaßte sich nach der Verabschiedung des Winterhilfsprogramms in seiner Mittwochsitzung weiterhin mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und mit allgemeinen handelspolitischen und wirtschaftlichen Fragen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist über ein Sofortprogramm für die Arbeitsbeschaffung in vorausgegangenen Besprechungen zwischen dem Finanzminister von Krosigk, dem Wirtschaftsminister Warmbold, dem Arbeitsbeschaffungskommissar Gereke und dem Reichsbankpräsidenten Luther eine völlige Einigung erzielt worden und zwar dergestalt, daß für dieses Sofortprogramm 500 Millionen bereitgestellt werden sollen. Diese Einigung wurde vom Reichskabinett bestätigt.

Ueber die Einzelheiten des Programms und seine Finanzierung wird sich der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung am morgigen Donnerstag ausführlicher vor der Oeffentlichkeit äußern und am Freitag abend im Rundfunk verbreiten. Nach diesem Programm werden, wie verlautet, die öffentlichen Körperschaften günstiger gestellt sein, als das in den früheren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Fall war.

## Wie steht's mit der Siedlung?

**Berlin**, 21. Dez. Im Siedlungsausschuß des Reichstages erklärte Regierungsrat Dr. Sager (Reichsernährungsministerium) zur Frage der Geldbeschaffung, es seien 50 Millionen RM. im Etat eingestellt, weitere 50 Millionen RM. werden vorfinanziert. Im letzten Jahre hätten viele alte Sachen bereinigt werden müssen, weil Dauerkredite nicht hätten beschafft werden können. Bezüglich der Landbeschaffung teilte er mit, daß 50 000 Hektar sich am 1. Oktober d. J. noch in den Händen der Siedlungsträger befunden hätten und der Siedlung zugeführt werden sollten. Auf diesem Lande ließen sich etwa 3500 Stellen schaffen. Die Landbeschaffung erfolge aus den entschuldungsunfähigen Gütern im Osten. Bei verschiedenen Landstellen hätten schon Verhandlungen darüber stattgefunden, bei den übrigen Bezirken, die dafür noch in Frage kämen, fänden die Verhandlungen in allernächster Zeit statt, so daß rechtzeitig ein größeres Siedlungsprogramm für das Jahr 1933 vorbereitet werden könne. Die Durchführung solle durch Siedlungsträger erfolgen. Die Landmenge, die aus dem Sicherungsverfahren ausscheide und der Siedlung zugeführt werden solle, betrage 80 000 Morgen in der Grenzmark Posen-Westpreußen, 100 000 Morgen in Pommern, 280 000 Morgen und in Mecklenburg 120 000 Morgen.

Am Schluß der Sitzung wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Volksdienstes und zwei deutschnationalen Stimmen gegen eine deutschnationale Stimme sowie gegen die Stimmen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag angenommen, in dem es heißt: Die Renten der mit Reichsmitteln angesetzten Siedler werden mit Wirkung vom 1. Juli 1932 von 5 v. H. auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Herabsetzung wird vorläufig auf zwei Jahre befristet. Für die mit Ländermitteln angesetzten Siedler ist eine gleiche Regelung anzustreben. In allen Härtefällen sind die zuständigen Stellen zu ermächtigen, weitere Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Sämtliche nach der Inflation entstandenen Siedlungen sind sofort auf die Höhe der Renten und ihre Tragfähigkeit nachzuprüfen. Annahme fand noch eine Entschließung, die von den drei deutschnationalen Ausschußmitgliedern eingebracht wurde und in der festgestellt wurde, daß der Reichstag die Lösung der Siedlungsfrage als eine er größten und vordringlichsten Aufgaben hält, die in volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Hinsicht gelöst werden müssen. Voraussetzung dafür sei aber die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft in all ihren Zweigen. Die Reichsregierung wird daher ersucht, alsbald geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für die zweite Hälfte des Januars in Aussicht genommen worden.

# Neurath über die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung

### in der Wehrfrage

**Berlin**, 21. Dez. Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, veröffentlicht im „Heimatdienst" einen Aufsatz über „Die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage". Er führt darin aus:

Die als Abschluß der Fünfmächte-Besprechungen in Genf am 11. Dezember unterzeichnete Erklärung bedeutet **einen entschiedenen Erfolg** der bisherigen deutschen Abrüstungspolitik. Die deutsche Gleichberechtigung ist in ihr — daran kann keine Auslegungskunst etwas ändern — unzweideutig anerkannt. Sie ist nicht wie die erste Formel Herriots wollte, als Ziel, sondern als einer der leitenden Grundsätze der Abrüstungskonferenz bezeichnet und soll in der Konvention praktisch verwirklicht werden. Die Sicherheit für alle Staaten, von der in der Erklärung die Rede ist, fordern auch wir, da wir das Mindestmaß nationaler Sicherheit nach Artikel 8 der Völkerbundssatzung nicht besitzen, sondern gerade durch die praktische Durchführung der Gleichberechtigung im Rahmen der allgemeinen Abrüstung erreichen wollen.

Als die Abrüstungskonferenz am 2. Februar d. J. begann, lag ihr der ausgearbeitete Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission vor, dessen Artikel 53 Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung aberkannte. Die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge sollten, ganz unabhängig vom Ergebnis der Abrüstungskonferenz, in Kraft bleiben. Dieser Artikel 53 des Konventionsentwurfes ist jetzt tot. Es wird künftig nicht wie es dieser Artikel wollte, zweierlei Recht in der Wehrfrage, sondern nur noch ein gleiches Recht für alle geben. Die Abrüstungskonvention, die von der Konferenz ausgearbeitet werden soll, wird für uns genau so gelten wie für die anderen und den Teil 5 des Versailler Vertrages ersetzen.

Es wäre jedoch verkehrt zu glauben, daß die Schlacht bereits gewonnen sei. Die Erklärung vom 11 Dezember sieht vor, **daß die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz erörtert werden soll.** Gewiß entspricht dies dem Standpunkt, den wir von vornherein eingenommen haben. Es bedeutet aber natürlich auch, daß die Auseinandersetzung über die praktische Durchführung unserer Gleichberechtigung, über den Umbau unserer Landesverteidigung, über die praktische Herstellung jenes Mindestmaßes von nationaler Sicherheit, das wir brauchen, noch vor uns liegt. Ich verhehle mir nicht die großen Schwierigkeiten, die wir dabei noch werden überwinden müssen.

Die Anerkennung unserer Gleichberechtigung in der Wehrfrage war **eine Forderung des ganzen deutschen Volkes.** Die Geschlossenheit des deutschen Wollens hat wesentlich zum bisherigen Erfolg beigetragen. Sie wird auch für die Verhandlungen über die praktische Durchsetzung der Gleichberechtigung im einzelnen notwendig sein. Ich zweifle nicht daran, daß wir auch in Zukunft auf sie rechnen können.

## Hindenburg begnadigt den dänischen Hauptmann Lembourn

T.U. **Berlin**, 21. Dez. Der Reichspräsident von Hindenburg hat den dänischen Hauptmann Lembourn, der wegen Spionage vom Reichsgericht zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden war, anläßlich des Weihnachtsfestes begnadigt. Der Reichspräsident hat von seinem Begnadigungsrecht in erster Linie deshalb in diesem Falle Gebrauch gemacht, weil die hochbetagten 80jährigen Eltern kränklich sind und ihnen Gelegenheit gegeben werden soll, noch einmal das Weihnachtsfest mit ihrem Sohne zu verleben. Hauptmann Lembourn hat übrigens seine Strafe bis auf ein halbes Jahr verbüßt.

## Englische Stimmen zu den Verordnungen der Reichsregierung

T.U. **London**, 21. Dez. Die englische Presse nimmt in kurzen Randbemerkungen zu den deutschen Verordnungen über die Amnestie und die Erhaltung des inneren Friedens Stellung. Der „Manchester Guardian" überschreibt seine Meldung „Mehr Freiheit in Deutschland". Der „Evening Standard" erklärt, daß der Reichskanzler diejenigen deutschen Propheten, die in ihm den „Kanzler aus Blut und Eisen" sahen, praktisch enttäuscht seien. Papen, der Zivilist, habe gehofft, seine Feinde mit Gewalt zu unterdrücken. Schleicher, der Soldat, stütze sich auf die Methoden des Friedens. Ein großer Teil seines Erfolges bei der Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens, sei auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Führern der Gewerkschaften zurückzuführen. In mehr als einer Hinsicht bestehe eine auffallende Aehnlichkeit zwischen Primo de Rivera und von Schleicher. Andere Zeitungen sprechen von dem Weihnachtsgeschenk der Reichsregierung.

## Eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-französischen Handelsabkommen

T.U. **Berlin**, 21. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Die am 21. November in Berlin eingeleiteten Verhandlungen zur Ueberprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 17. August 1927 sind heute (Mittwoch) zum Abschluß gelangt. Sie haben zur Paraphierung einer Zusatzvereinbarung geführt, die unverzüglich den beiderseitigen Regierungen zur Genehmigung und Unterzeichnung vorgelegt werden wird. Für die vorläufige Anwendung der Zusatzvereinbarung ist der erste Februar 1933 in Aussicht genommen.

Gleichzeitig werden in Berlin Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zur Regelung von Zahlungen aus dem Warenverkehr, sowie über Erleichterungen für den Reiseverkehr geführt.

# Deutschland

### Zunahme der Zahl der Arbeitslosen

**Berlin, 21. Dez. Die Gesamtzahl aller bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldeten Personen betrug am Dienstag, den 15. Dezember, schätzungsweise 5,6 Millionen, was eine Vermehrung gegenüber der Ziffer am Stichtag des 30. November um etwa 250 000 Personen bedeutet. Damals wurde die Arbeitslosenzahl mit 5 538 000 angegeben.**

### Aufhebung der Sondergerichte

**Berlin, 21. Dez. Die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Sondergerichte ist am Mittwoch im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Die Tätigkeit der Sondergerichte endet danach mit dem Ablauf des 21. Dezember 1932.**

### Deutsch-englische Zollverhandlungen vertagt

**Berlin**, 21. Dez. Zwischen einer deutschen und einer englischen Regierungsdelegation haben in Berlin Verhandlungen stattgefunden über die Frage der Zollbehandlung gewisser Waren in England, die für die deutsche Ausfuhr von besonderem Interesse sind, sowie über Vorschläge hinsichtlich der Kohlenmengen, die aus England nach Deutschland zur Einfuhr zugelassen werden sollen. Nachdem ein erster Meinungsaustausch über die Möglichkeit von gegenseitigen Zugeständnissen zum Abschluß gekommen ist, hat die englische Delegation Berlin verlassen. Die Ergebnisse werden den beiderseitigen Regierungen unterbreitet und die Verhandlungen nach den Festtagen wieder aufgenommen.

### Raubüberfall auf einen amerikanischen Journalisten

**Berlin**, 21. Dez. Ein dreister Raubüberfall wurde am Dienstag auf den 24jährigen, in Berlin ansässigen amerikanischen Journalisten Bernhard Rieback verübt. Rieback befand sich auf dem Wege nach Hause, als er plötzlich in der Kurfürstenstraße von einem Manne um Feuer gebeten wurde. Während er nach seinem Feuerzeug langte zog der Unbekannte plötzlich eine Pistole und drängte Rieback in den Hausflur wo er ihn mit vorgehaltener Waffe vollkommen ausplünderte. Nachdem er ihm sämtliche Wertsachen, eine goldene Uhr und sogar einen Vertrag mit einer bekannten Nachrichtenagentur geraubt hatte, verschwand der Unbekannte in der Dunkelheit.


# Anzeigen

für die Samstag-Ausgabe bitten wir bis spätestens Freitag nachmittag aufgeben zu wollen, da sonst keine Gewähr für Aufnahme gegeben werden kann.


# Das „Blaue Band des Schienenstranges"

### Wagen 877 rast nach Hamburg

Der 19 Dezember wird einst als einer der wichtigsten Tage in die Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens eingehen. Nach den Ergebnissen der ersten Probefahrten stellt der neue Triebwagen, der seine Jungfernfahrt auf der Strecke Berlin—Hamburg angetreten hat, eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens dar.

Schon lange vor 8 Uhr ist ein großes Sachverständigen-Gremium auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin versammelt, das mit Kennerblicken den neuen Triebwagen von allen Seiten betrachtet. Die Brücken, die über die Gleise des Bahnhofs führen, sind von zahlreichen Schaulustigen belagert, die den historischen Augenblick der Abfahrt des neuen Wagens aus nächster Nähe erleben wollen. Endlich ist es soweit. Der Fahrdienstleiter hebt seinen Signalstab, der Zugführer gibt das Abfahrtszeichen. Ein elektrisches Hornsignal warnt die zahlreichen Zuschauer auf den Bahnsteigen und Punkt 8 Uhr setzt sich der Triebwagen in Bewegung. Dicke Oelqualmwolken schießen aus den Auspuffrohren. In wenigen Sekunden hat der Wagen seine Geschwindigkeit auf 60 Kilometer geschraubt und im nächsten Augenblick ist er hinter einer Kurve verschwunden.

Im ersten Teil der Fahrt muß der Wagen noch eine für seine Verhältnisse mäßige Geschwindigkeit einhalten, da die vielen Gleiskreuzungen und Weichen der Stadtbahn im Wege sind. Erst von Nauen aus zeigt er, was er kann. Auf geraden Strecken wird mit Leichtigkeit eine Geschwindigkeit von 150 Kilometer erreicht, und auch in den Kurven können 100 Kilometer gehalten werden. Dabei ist die Fahrt für die Insassen völlig erschütterungsfrei. Die ersten 120 Kilometer, die Strecke von Berlin bis Wittenberge, hat der Zug in einer Zeit von 65 Minuten zurückgelegt. Von Berlin aus hat ihn ein Flugzeug begleitet, aber bei Paulinenaue, in der Nähe von Friesack, muß das Flugzeug notlanden u. den erdgebundenen Bruder davonziehen lassen. Das ist aber nicht der einzige Zwischenfall der Fahrt. Mitten auf der Strecke fliegt eine Taube gegen die Windschutzscheibe des Führerstandes. Die Gewalt des Anpralles ist so groß, daß die äußere Haut des splitterfreien Glases in ihrer gesamten Länge platzt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit auf der ganzen Fahrt liegt über 120 Kilometer. Eine größere Geschwindigkeit hat bisher nur eine elektrische Maschine, die 1913 auf der Strecke Berlin—Zossen ausprobiert wurde, und der Krukenbergsche Schienenzeppelin, der im vergangenen Jahre die Reichshauptstadt besuchte, erreicht. Aber weder die eine noch der andere haben eine so lange Strecke zurückgelegt.

In Hamburg hat sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Der Hamburger Hauptbahnhof ist in weitem Umkreis von Neugierigen umlagert. Am dichtesten besetzt sind auch hier die Brücken, die die Bahnhofsgleise kreuzen. Jubelnd wurde der Triebwagen begrüßt, als er in den Hamburger Bahnhof einlief und vor den Gästen stehen blieb. Der Wagen ist stromlinienartig gebaut. Alle Vorsprünge sind vermieden, selbst die Trittbretter sind in die Karosserie hineingebaut. Die Puffer sind durch schmale Stoßstangen aus Gummi ersetzt. Wie kleine Schornsteine ragen die Auspuffrohre vorn und hinten aus dem Dach. Der Wagen besteht aus zwei eng aneinander gekuppelten Teilen, die die Nummern 877a und 877b tragen. Das Dach und die leichtmetallne „Schürze", die die Räder gegen Steinschlag sichert, sind silbergau gehalten. Die Karosserie glänzt violett und elfenbeinfarben.

Das Innere des Wagens, der 102 Personen faßt, ist durch einen Mittelgang geteilt. Am vorderen und am ihnteren Ende befinden sich je ein Führerstand, so daß der Wagen nach beiden Richtungen hingesteuert werden kann. Der Antrieb geschieht durch zwei zwölfzylindrige Rohöl-Dieselmotoren, die je 410 PS. leisten und die von der Firma Maybach geliefert sind. In einem Raum sieht man vierzehn gepolsterte Bänke, in einem anderen ebenso viel Einzelsitze. Die Einzelplätze sind richtiggehende Lehnstühle, neben denen ein kleines Tischchen steht. Von nicht minderer Bedeutung ist der Erfrischungsraum, in dem belegte Brötchen und warme Getränke verabreicht werden.

Bei dem Krukenbergschen Wagen erfolgt der Antrieb durch Propeller. Der neue Triebwagen ist ein Erzeugnis des technischen Konstruktionsbüros des Reichsbahnzentralamts. Schon in nächster Zeit soll der Wagen dann in den Probe-Zugverkehr eingestellt werden.

Bisher war der FD.-Zug Berlin—Hamburg der schnellste Zug der deutschen Reichsbahn. Er erreichte bei einer Höchstgeschwindigkeit von 112 Stundenkilometer einen Durchschnitt von 96,1 Kilometer. Die Höchstgeschwindigkeit, die bis jetzt überhaupt von einer Eisenbahn erreicht wurde, liegt bei 123 Stundenkilometern; sie wurde auf der englischen Strecke Svindson—Paddington erreicht. Der neue deutsche Triebwagen hat somit — könnte man sagen — das „Blaue Band des Schienenstranges" errungen. Er stellt ein wahres Wunder der deutschen Technik dar.

# Um ein Kinderherz

### Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[48

Nacht um Nacht verweinte Edith Bernheim. Und kamen die Träume, so kam mit ihnen das Bild einer hochgewachsenen, schönen Männergestalt, die unendliche Sehnsucht weckte, kamen die traurigen Kinderaugen Ralphs, die sie bittend anschauten. Und mit heißen Tränen erwachte sie wiederum zu einem Tage, der ihr den Kummer ihres Herzens erneut zurückbrachte.

* * *

Eines Tages ertrug sie es nicht mehr länger. Sie mußte versuchen, mit Robert Weltner zu reden. Zugleich wollte sie endlich das Geld zurückgeben, dessen Besitz ihr nicht zukam. Aber wie sollte sie es anfangen, Weltner allein zu sprechen? Wenn sie daran dachte, in das Büro zu gehen und die schadenfrohen Blicke der jungen Schreibmaschinistinnen zu begegnen, glühte Scham in ihr auf.

Es gab nur einen Weg: sie mußte sich entschließen, Weltner in seiner Privatwohnung aufzusuchen.

Und endlich führte sie ihren Entschluß aus. An einem Nachmittag fuhr sie mit der Straßenbahn in den Vorort hinaus. Sie hatte Frau Lembke im Büro anrufen lassen und festgestellt, daß Weltner mit dem Kanzlisten Lange zu Hause in seiner Wohnung arbeitete.

Nun ging sie an dem kalten Winternachmittag in Weltners Straße auf und ab und sah mit angstvollen Augen zu der Villa hinauf, die hinter dem verschneiten Vorgarten lag. Da plötzlich trat sie zurück und verbarg sich eilends in der Dunkelheit. Aus dem hellerleuchteten Portal trat eine hochgewachsene Dame hinaus, die in das Auto stieg, dessen Schlag der Chauffeur geöffnet hatte.

Ein Atemzug der Erlösung hob Ediths Brust. Daß sie Ina Hartwig bei ihrem schweren Gange nicht zu begegnen brauchte, war eine kleine Erlösung. Sie wartete, bis der Wagen um die Ecke war, und klingelte dann an der Pforte des Vorgartens. Es wurde hell. Babette sah durch das Guckfenster. Mit einem mißtrauischen Blick ließ sie Edith Bernheim eintreten und sagte sofort:

„Ich werde erst fragen, ob der Herr Rechtsanwalt für Sie zu sprechen ist." Damit ließ sie Edith im Treppenhause stehen.

Vor Edith begann sich das ganze Vestibül zu drehen. Sie sank mit zitternden Knien auf einen kleinen Stuhl in der Garderobe. Sicherlich würde Weltner sie nicht vorlassen, und sie würde gehen müssen, wie sie gekommen war. Jetzt erst erschien ihr ihr ganzes Vorhaben tollkühn und sinnlos zu sein. Am liebsten wäre sie geflohen, hinaus in die Nacht. Aber die Schwäche, die über sie kam, hielt sie gefesselt.

So lehnte sie mit geschlossenen Augen halb ohnmächtig in der kleinen Garderobe und meinte, das Herz müßte ihr vor Angst und Not zerspringen.

* * *

Rechtsanwalt Weltner saß, in seinen warmen, eleganten Hausrock gehüllt, an seinem Schreibtische und arbeitete mit dem Kanzlisten Lange. Vor ihm lagen die Akten des Patentprozesses.

Als das Hausmädchen nach leisem Anklopfen hereinkam, sah er unwillig auf.

„Was gibt es denn? Ich habe doch ausdrücklich angeordnet, daß ich nicht gestört zu werden wünsche."

„Da ist draußen die Frau Bernheim, Herr Rechtsanwalt", sagte Babette in wegwerfendem Ton. „Aber ich habe ihr gleich gesagt, daß der Herr Rechtsanwalt nicht zu sprechen sein werde."

Weltner beugte sich vor, die Hände auf die Schreibtischplatte gestützt:

„Frau Bernheim", fragte er, „hier?" Und dann, wie sich besinnend, sagte er: „Ach so, vermutlich wegen des Briefes, den ich ihr heute geschrieben habe. Lassen Sie, bitte, Frau Bernheim heraufkommen."

Nachdem Babette die Tür geschlossen hatte, wandte sich Robert Weltner mit mühsamer Stimme an den Kanzlisten Lange, der bescheiden aufgestanden war, und sagte:

„Bitte, gehen Sie einen Augenblick ins Nebenzimmer, lieber Lange. Frau Bernheim kommt sicher wegen der Nachricht vom deutschen Konsulat in Chile, die sie heute durch uns erhalten hat. Ich möchte die Sache schnell mit ihr durchsprechen."

Lange verschwand im Nebenzimmer. Weltner blieb einen Augenblick allein. Er biß die Zähne so fest zusammen, daß die Muskeln in seinem mager gewordenen Gesicht sich strafften. Nun war es doch gekommen, was er gefürchtet hatte. Er mußte Edith Bernheim nochmals begegnen.

Als heute die Nachricht von der glücklichen Wendung der Bernheimschen geschäftlichen Angelegenheit in Südamerika bei ihm eingelaufen war, hatte er die ganze Sache sofort seinem Kollegen und Sozius übergeben. Der hatte es übernommen, Edith zu benachrichtigen und die notwendigen Verhandlungen mit ihr zu führen. Auf Weltners ausdrücklichen Wunsch hatte Assessor Stein Edith zu einer Konferenz auf eine Zeit bestellt, in der Weltner vom Büro abwesend war.

Und nun kam Edith Bernheim hierher. Er konnte dem Wiedersehen nicht ausweichen, denn sie abzuweisen war ihm nun doch unmöglich. Nun, man würde auch das überstehen müssen, wie man schon so manches im Leben überstanden hatte.

Es klopfte schüchtern an die Tür. Robert Weltner rief „Herein!" Seine Stimme klang ihm selbst fremd.

Mit unsicheren Schritten trat Edith Bernheim ein. Weltner hatte sich vom Schreibtisch erhoben und eine knappe Verbeugung gemacht. Er vermochte es nicht, Edith entgegenzugehen. Er mußte die Schutzwehr des breiten Schreibtisches zwischen sich und ihr haben.

Mit tiefer Erschütterung sah er das abgezehrte, so veränderte Gesicht, das durch den tiefen Kummer, der auf ihm ruhte, noch rührender und süßer erschien.

(Fortsetzung folgt.)